

I. Die Bedeutung der Grundwerte für politische Reformprojekte in einer globalisierten Ökonomie

Hans Joas

Einführung



In der verwirrenden Vielfalt der Diskussionen über die Grundwerte unserer Republik und ihre Bedeutung für politische Reformprojekte in einer globalisierten Ökonomie lässt sich durchaus eine Achse identifizieren, um die sich die meisten Argumentationen drehen. Zwar variieren die Begriffe erheblich, die gegenwärtig für Diagnose und Therapie sozialen Zusammenhalts und politischer Handlungsfähigkeit verwendet werden: Zivilgesellschaft und Bürgergesellschaft; Kommunitarismus und wiederbelebter Republikanismus; Stärkung des „sozialen Kapitals“ und des „Vertrauens“, „Dritter Weg“ und Modernisierung des Regierens. Jeder

dieser Begriffe hat gewiss seine eigene Geschichte, seine Vor- und Nachteile. Mancher dieser Begriffe stößt bei einzelnen auf Unverständnis oder löst Aversionen aus und Misstrauen gegenüber den Motiven derer, die ihn verwenden. Aber im Kern geht es in dieser Vielzahl koexistierender und eben teils auch konkurrierender gegenwärtiger Diskurse um eine gemeinsame Fragestellung: wie gesichert werden kann, dass Markt und Staat als die beiden dominierenden Mechanismen moderner Vergesellschaftung durch ein drittes Prinzip relativiert und modifiziert werden können, so dass wir nicht vor der Alternative stehen, entweder die Folgen unregulierten Marktgeschehens einfach passiv hinzunehmen oder umgekehrt zu ihrer Bewältigung ausschließlich auf staatliche Interventionen zu setzen mit der Gefahr erstickender Bürokratisierung des gesellschaftlichen Lebens.

Wenngleich die verschiedenen Begriffe damit in die gleiche Richtung zielen, eignen sie sich nicht alle gleich gut für die Bezeichnung des Gemeinten. Der Begriff „Zivilgesellschaft“ hat zwar eine bis auf John Locke zurückgehende Geschichte, ist aber doch erst durch die antikommunistischen Dissidenten Osteuropas und insbesondere die polnische Solidarnosc-Bewegung in den Vordergrund gerückt worden. Zwar drückt sich in ihm in aller Deutlichkeit das anti-totalitäre Bemühen aus, dem Staat Zuständigkeiten zu entreißen und überhaupt erst wieder eine vitale und in sich differenzierte Gesellschaft entstehen zu lassen – aber aus eben diesem Grunde auch kann m. E. die westliche Diskussion nur wenig Anstöße hiervon aufnehmen, da diese Diskussionen nicht viel hergeben für das genauere Verständnis der vielen verschiedenen Varianten des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft in den westlichen Ländern. So wichtig ihre Stärkung im Westen sein mag, um die Herstellung einer Zivilgesellschaft geht es hier ja nicht. Die Entdeckung der Zivilgesellschaft im Westen hat deshalb, nach dem Bonmot Michael Walzers, immer Ähnlichkeit mit der Überraschung von Molières Komödienfigur, die sich nicht bewusst war, dass sie immer schon Prosa sprach. – Der Begriff „Kommunitarismus“ wiederum löst, vornehmlich in Deutschland, über die Assoziation mit dem Gemeinschaftsbegriff Ängste aus vor einer Rückkehr zu homogenen Kollektiven oder gar einer gesellschaftsübergreifenden, potentiell totalitären „Volksgemeinschaft“. Der Slogan „Dritter Weg“ wiederum ist zumindest in Kontinentaleuropa mit so vielen, oft abseitigen, Projekten verbunden worden, dass seine Wiederbelebung durch Giddens und Blair häufig mit Kopfschütteln quittiert wurde. Auch seinen gegenwärtigen Verfechtern scheint er inzwischen nicht mehr ganz geheuer zu sein. – Deshalb ist es vielleicht am besten, in Deutschland von der „Bürgergesellschaft“ und ihrer Stärkung zu sprechen, obwohl auch dieser Begriff das ganze Unglück des Begriffs der Bürgerlichkeit in Deutschland nicht verdecken kann. Das Bourgeoise ist mit ihm ja nicht gemeint; aber auch der traditionelle Gegenbegriff des „citoyen“ klingt mehr nach Staatsbürgerschaft oder einem staatszentrierten Verständnis von Partizipation in französischer Tradition und kann damit das Gemeinte nicht ganz kennzeichnen. In solchen Schwierigkeiten, das richtige Wort zu finden, steckt meist auch eine Schwierigkeit in der Sache.

Diese Schwierigkeit lässt sich in den Programmdiskussionen aller politischen Parteien in Deutschland aufweisen. Interesse an den genannten

konzeptionellen Erneuerungsversuchen ist mir aus allen großen Parteien bekannt – mit Ausnahme der PDS, aber auch bei dieser schließe ich es, zumindest bei ihren konzeptionellen Köpfen und unter dem gegenwärtigen Druck zur Neuorientierung, längerfristig nicht aus. Die weitverbreitete pauschale Sympathie mit der Stärkung der Bürgergesellschaft stößt allerdings schnell an Grenzen, wenn klar wird, dass Kommunitarismus, Bürger- und Zivilgesellschaftsdiskurs nicht nur zahm und unverbindlich soziales Engagement und demokratische Teilhabe belobigen wollen, sondern in der Tat die gegenwärtige Balance zwischen Staat, Markt und Gesellschaft oder zwischen Individuum und Gemeinwesen in Frage stellen oder zu verändern trachten. Ein kurzer Durchgang durch die politischen Lager in Deutschland macht dies anschaulich und liefert zugleich eine erste Antwort darauf, was „Bürgergesellschaft“ leisten soll.

Die Kurzformel könnte hier lauten: FDP und Grüne haben ihre Schwierigkeiten mit der gegen den „Individualismus“ gerichteten Spitze, CDU und SPD mit der gegen „Staatszentriertheit“ gerichteten Spitze der „Bürgergesellschaft“-Diskussion. Obwohl die Liberalen für die Konzeption der Bürgergesellschaft historisch geradezu prädestiniert erscheinen, machen sie gegenwärtig eher den Eindruck, einen fast reinen Marktliberalismus zu favorisieren. Dies gibt ihnen zwar ein eindeutiges Profil, aber keines, das in Deutschland über schmale Bevölkerungssegmente hinaus attraktiv werden könnte. Darüber können auch einzelne spektakuläre Publicity-Erfolge nicht hinwegtäuschen. Für die Grünen ist zwar nicht der nutzenorientierte Individualismus des Marktliberalismus stilprägend, wohl aber der rechte- und selbstverwirklichungsorientierte Individualismus, der die sozialen Bewegungen der sechziger und siebziger Jahre in der alten Bundesrepublik kennzeichnete. Ich ziele damit allerdings ausschließlich auf die westdeutschen Grünen, aber diese bestimmen ja trotz einzelner ostdeutscher Führungsfiguren weitgehend die Konzeptionen und das Erscheinungsbild der Partei. Aus dieser Form von Individualismus kann zwar ein besonders anspruchsvoller Menschenrechtsuniversalismus etwa in Fragen der Ausländerpolitik oder auch einer wertgeleiteten Außenpolitik hervorgehen, aber es droht auch eine gewisse Distanz gegenüber der nationalen Solidarität im wiedervereinigten Deutschland oder gegenüber einer stärker Verantwortung als Rechte betonenden Bildungspolitik. – Die Volksparteien CDU und SPD sind als Verfechter eines reinen Marktliberalismus oder des neueren Individualismus praktisch nicht vorzustellen. Beide haben in ihrer Ge-

schichte Wertorientierungen, Konzeptionen und Traditionsbezüge, die sie ebenfalls für die Stärkung der Bürgergesellschaft nutzen können, bei der CDU etwa der starke Bezug zum Subsidiaritätsprinzip der katholischen Soziallehre und bei der SPD das Genossenschaftswesen der Arbeiterbewegung. Diese Bezüge haben die institutionelle Gestalt des deutschen Wohlfahrtsstaats auch wesentlich geprägt. Aber es ist wohl nicht vermessen zu behaupten, dass beide Parteien heute mit einer etatistisch erstarrten Form dieses komplexen institutionellen Arrangements gewissermaßen verschwistert und verschwägert sind und Schwierigkeiten bei der Rückbesinnung auf ihre weniger etatistischen Traditionen haben. Dies gilt für die SPD vielleicht noch mehr als für die CDU, weil für sie der Schutz der Schwachen durch den Staat noch mehr im Vordergrund stand und steht. Die innersozialdemokratische, aber auch die öffentliche Diskussion über das Schröder-Blair-Papier im letzten Herbst waren geradezu ein Lehrstück in dieser Hinsicht. Ein Text, dessen Grundgedanken alle dem amerikanischen Kommunitarismus entstammen (keine Rechte ohne Verpflichtungen; Verantwortung für die von Exklusion Gefährdeten; das Eigenrecht von Markt, Bürokratie und Bürgergesellschaft), wurde völlig irrig als Ausdruck eines „Neoliberalismus“ im Sinne eines puren Marktliberalismus wahrgenommen und entsprechend angegriffen oder auch verteidigt. Dabei ist der geistige Hintergrund dieses Papiers dort zu suchen, wo innerhalb westlicher Gesellschaften, insbesondere in den USA und Großbritannien, aber heute auch in Skandinavien, eine stärkere Bindung des Marktes durch die Gesellschaft selbst – und nicht nur durch den Staat – gesucht wird. Anthony Giddens, einer der Inspiratoren dieses Texts, merkt freilich inzwischen selbstkritisch an, dass zu wenig deutlich gemacht worden sei, wie sehr auch und gerade die Begrenzung von Marktmacht und die Milderung sozialer Ungleichheit selbst eine solche Umorientierung sozialdemokratischer Politik heute voraussetzen.

Was Bürgergesellschaft soll, ist damit vielleicht ein wenig umrissen. Sie soll Markt und Staat einschränken, eben damit aber ein dauerhaftes Funktionieren von Markt und (demokratischem) Staat auch ermöglichen. Jede Verselbständigung von Markt oder Staat beinhaltet nämlich die Gefahr des Gegenschlags, weil sich die Unzufriedenheit über Marktfolgen antidemokratisch auswirken kann oder die Wirkungen des Staatshandelns auf den Markt zu ökonomischen Problemen führen können. Nur eine lebendige und in sich reich differenzierte Bürgergesellschaft kann in jeder neuen

historischen Lage das Verhältnis zwischen den drei Instanzen Markt, Staat und Bürgergesellschaft jeweils neu justieren. Eine überhistorisch gültige Formel für die richtige Balance zu finden, ist deshalb unmöglich oder nur in der abstrakten Form möglich wie bei Amitai Etzionis „Neuer Goldener Regel“, die besagt, dass wir die Institutionen, die unsere Freiheit verbürgen, zu respektieren und zu sichern haben. Das Verhältnis muss heute neu justiert werden, weil im Kontext der sogenannten Globalisierung und durch die steigende Bedeutung von Informationstechnologie und Wissensökonomie sowie durch das Ende des Kalten Krieges im größten Teil der Welt Marktkräfte, Kommunikations- und Migrationsströme freigesetzt wurden, die die alte Balance des demokratischen Wohlfahrtsstaats der Nachkriegszeit aufrechtzuerhalten unmöglich machten. Ich beeile mich aber hinzuzufügen, dass auch interne Gründe, sprich: Missstände etwa auf den Gebieten der Sozial- und Bildungspolitik (Mitnahmeeffekte im Wohlfahrtsstaat; Krise der Universitäten, ihre mangelnde internationale Konkurrenzfähigkeit) durchaus zu Zweifeln an der Wünschbarkeit dieser alten Balance Anlaß gaben und deshalb der nostalgische Blick zurück bei vielen Sozialdemokraten mir hier unangemessen scheint. Die entscheidende Frage bei dieser Neujustierung scheint zu sein, ob es gelingt, für sie selbst eine positive Agenda zu finden – und nicht nur mehr oder minder widerstrebend schrittweise perspektivlose Anpassungen an ungesteuerte Prozesse zu vollziehen oder den Eindruck zu erwecken, dass dies geschehe. Die Stärkung der Bürgergesellschaft könnte gerade zum Stichwort für eine solche positive Agenda werden.

Deshalb darf allerdings die Bürgergesellschaft selbst – als eine der drei Komponenten – nicht durch übergroße Erwartungen überfordert werden. Die Frage, was Bürgergesellschaft kann, ist deshalb zuerst einzugrenzen durch den Hinweis darauf, was sie nicht kann. Bürgergesellschaft soll und kann Markt und Staat nicht ersetzen; sie soll und kann nur deren Verhältnis einbetten und balancieren. Wenn dies zutrifft, dann haben Staat und Wirtschaft selbst die Aufgabe, die Bürgergesellschaft zu fördern und zu stärken. Dies kann durch Selbstbegrenzung und Aufgabenüberlassung einerseits geschehen, durch Förderung der Bereitschaft und Fähigkeit der Bürger zu sozialem und politischem Engagement andererseits. Ich nenne hier nur exemplarisch die in Gang befindliche Reform des Stiftungsrechts, die Förderung sozialen Engagements, die Berücksichtigung kommunitärer Gesichtspunkte in der Städteplanung und in der

Medienpolitik. An dieser Stelle könnte ich wiederholen, was ich schon vorhin bemerkt habe: Man findet niemand, der diesen Zielen widerspricht; aber lehrreich ist die Geschichte institutioneller Widerstände, auf die jeder konkrete Versuch in dieser Richtung stößt; ich könnte Stunden damit verbringen, zu schildern, wie schwierig es ist, etwa die Koordination sozialen Engagements von Studierenden an einer deutschen Universität zu institutionalisieren.

Die Bürgergesellschaft ist also zwar Widerpart von Staat und Wirtschaft, aber in einer komplexen institutionellen Balance durchaus ein zu fördernder Widerpart. Wie der Staat aber misstrauisch und in seine eigene Rolle verliebt den Spielraum der Bürgergesellschaft einengen kann, so kann auch die Bürgergesellschaft in einem unfruchtbaren Verhältnis zum Staat verharren. Dies ist dann der Fall, wenn wesentliche Teile von ihr sich als bloße Interessenorganisation ohne Verantwortung für das Gemeinwohl verstehen oder sich defensiv auf ihre kulturelle Identität zurückziehen, statt zur Überwindung gesellschaftlicher Fragmentierung beizutragen. Die Gefahr des Rückfalls in Interessenpolitik ließe sich wohl an den Schwierigkeiten der gegenwärtigen Reform des deutschen Gesundheitssystems oder des Zustandekommens eines funktionsfähigen „Bündnisses für Arbeit“ illustrieren. Für den defensiven Rückzug verweise ich als Beispiel auf das problematische Verhalten der katholischen Kirche in Deutschland. Mit Sorge habe ich hier beobachtet, wie nach dem Aufschwung des breiten öffentlichen Konsultationsprozesses über das gemeinsame Wort der Kirchen zur Sozialpolitik, bei dem die autoritär-hierarchische Verkündung von Wahrheiten durch die Organisation eines Wahrheitsfindungsprozesses ersetzt wurde und die Kirche damit als zivilgesellschaftlicher Akteur tätig wurde, in der moralisch unendlich komplexen Frage von Abtreibung und Abtreibungsverhinderung unter vatikanischem Druck wieder ein ganz anderes Kirchenverständnis zum Zug kommt. Der Tübinger Sozialethiker Dietmar Mieth hat in diesem Zusammenhang von der „reaktionären Version der Trennung von Staat und Kirche“ gesprochen.

Wenn aber die Bürgergesellschaft nicht nur aus Interessenverflechtung und Identitätswahrnehmung besteht, dann kann sie wiederum auf den Staat in Weisen einwirken, die sich aus den Mechanismen staatlichen Handelns nicht von selbst ergeben. Ich spreche von einer „Remoralisierung der Politik“ – trotz des drohenden Mißverständnisses, dass hierunter eine

engstirnige Moralisierung des privaten Verhaltens von Politikern verstanden wird. Gemeint ist aber nichts in der Art der Clinton-Lewinsky-Geschichte, sondern die Geltendmachung moralischer Standards im politischen Prozeß. Der Parteispenskandal hat dazu in jüngster Zeit mehr Anschauungsmaterial geliefert, als einem lieb sein kann. „Keine Rechte ohne Verpflichtungen“ ist keine Parole zur Disziplinierung der Armen, sondern die Erinnerung an Werte, an denen sich die politischen Repräsentanten messen lassen müssen. Drei wesentliche Richtungen einer solchen „Remoralisierung“ möchte ich abschließend kurz bezeichnen. 1. Wenn der Abstand zwischen Demokratie-Ideal und realen politischen Prozessen so groß wird, dass das Vertrauen in die demokratischen Institutionen abnimmt, dann muss von der Bürgergesellschaft Reformdruck auf diese Institutionen selbst ausgehen, z. B. in Richtung von Reformen des Parlaments, der Parteienfinanzierung oder der Wahlkämpfe selbst und neuer ergänzender oder experimenteller Formen politischer Beteiligung: von Instrumenten direkter Demokratie bis hin zu Planungszellen u. ä. 2. Wenn globale Themen politisch nur dann relevant werden, falls innenpolitische Akteure sie zum Gegenstand machen, dann muss Bürgergesellschaft gegen die Partikularismusgefahr staatlicher Politik ein ständiges Gegengewicht bilden. So können in einem Fall wie dem Tschetschenien-Krieg der Regierung aus übergeordneten Gründen die Hände gebunden sein, aber eben deshalb müssten dann soziale Bewegungen aktiv werden und sich nicht von sich aus in solche Rücksichtnahmen fügen. Gerade aus der Bürgergesellschaft, etwa aus der Vielzahl grenzüberschreitender Nicht-Regierungs-Organisationen, gehen heute Impulse hervor für globale ökologische Regelungen, für die Reform und Weiterentwicklung der Institutionen zur Regulierung der Weltwirtschaft, für die öffentliche Wahrnehmung der Aktivitäten internationaler Konzerne in Ländern der Dritten Welt, für den weltweiten Kampf gegen Hunger und Krankheit, die internationale Anerkennung und Durchsetzung der Menschenrechte und für die Reform der Institutionen der Europäischen Union. 3. Wenn die unter dem Druck der Globalisierung stärker freigesetzten Marktkräfte ein höheres Maß sozialer Ungleichheit erzwingen – wie es gegenwärtig scheint – und neue Gefahren sozialer Exklusion drohen, dann muss Bürgergesellschaft sowohl zur Bewältigung der Folgen dieser Prozesse beitragen wie sie, oft stellvertretend, die Bedürfnisse derer artikulieren muss, denen diese Artikulation innerhalb der demokratischen Prozesse selbst nicht gelingt. (Peter Glotz hat das schon vor Jahren so ausgedrückt: „Wie mobilisiert

man die Kernbelegschaften für die Randbelegschaften?") Je weniger sich wie im traditionellen Links-Rechts-Schema politische Einstellungen aus Interessenlagen vorhersagen lassen, desto wichtiger wird eine Politik, die die ihr zugrundeliegenden Werte-Orientierungen klar und zusammenhängend artikuliert. Nur eine solche explizit wertorientierte Politik kann unter den Bedingungen ausgeprägt selbständiger und individualisierter Erwerbstätigkeit Gehör finden bei ernsthaften und mitwirkungswilligen Staatsbürgern.

Für mich sind deshalb wertbezogene Diskussionen und die Fragen einer empirischen Wertewandelforschung viel mehr als politisches Marketing; sie sind zentral geworden auch für politische Strategiebildung, speziell für die Frage, wie das so erfolgreiche Modell des deutschen Nachkriegskapitalismus mit seiner hohen, auf Qualitätsprodukten und hochqualifizierter Arbeit beruhenden internationalen Konkurrenzfähigkeit, die hohe Löhne und eine im internationalen Vergleich relativ geringe soziale Ungleichheit ermöglichte, den neuen Bedingungen einer sogenannten globalisierten Ökonomie angepasst werden kann. Dieses Modell beruhte immer auf einem in mehrfacher Weise riskanten „Drahtseilakt“ (Wolfgang Streeck). In bloßer Defensive ist es – aus internen wie externen Gründen – nicht zu retten. Auch die Vision einer Rettung, die darin besteht, es auf europäischer Ebene gewissermaßen zu „rekonstruieren“, erscheint mir als wenig realistisch, da Europa – wie die Diskussionen um den Kurs des Euro zeigen – sich nicht aus der Konkurrenz mit den anderen großen Wirtschaftsblöcken der Welt lösen können wird und in dieser Konkurrenz – möglicherweise – stärker staatszentrierte Systeme schlechtere Karten haben. Deshalb erscheint mir in der Tat eine Kombination von neuen Formen international abgesprochener Steuerung der Weltwirtschaft mit einer Stärkung der Bürgergesellschaft im Inneren als realistische Perspektive. Das verzerrte Schreckensbild vom ungezügelt angelsächsischen Kapitalismus muss dafür freilich zurechtgerückt werden, damit die Sorge vieler deutscher Sozialdemokraten zerstreut wird, diese Perspektive sei eine Verabschiedung von ihren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität und nicht ein Versuch zu ihrer gegenwartsadäquaten neuen, immer erneuten Realisierung.